

Gesamtschulgründungen

Wulff kündigt Lockerung an und laviert

Kommunen und Initiativen werden landesweit aktiv

VON EBERHARD BRANDT

Nun kommt Bewegung, ja Schwung in die niedersächsische Bildungslandschaft. Ministerpräsident Wulff kündigt in einem Pressegespräch mit der HAZ am 18. September 07 an, „das bisher landesweit geltende Verbot (zu) lockern, neue Gesamtschulen zu gründen“. Wulff wörtlich: „Dort, wo es bisher keine Gesamtschulen gibt und wo die Kommunen als Schulträger diese unbedingt haben wollen, soll auch eine eingerichtet werden können.“ Wulff spricht von „regional begrenzten Einzelfällen“. Dieser Beschluss ist offensichtlich in der Koalition abgestimmt, denn die FDP-Fraktion meldet sich prompt. Die FDP habe „keine Berührungsängste, wenn es um neue Gesamtschulen gehe“. „Wir müssen uns der Diskussion um die Zulassung neuer Gesamtschulen stellen und dann ganz genau prüfen, was wo sinnvoll ist“, so der FDP-Bildungsexperte Schwarz.

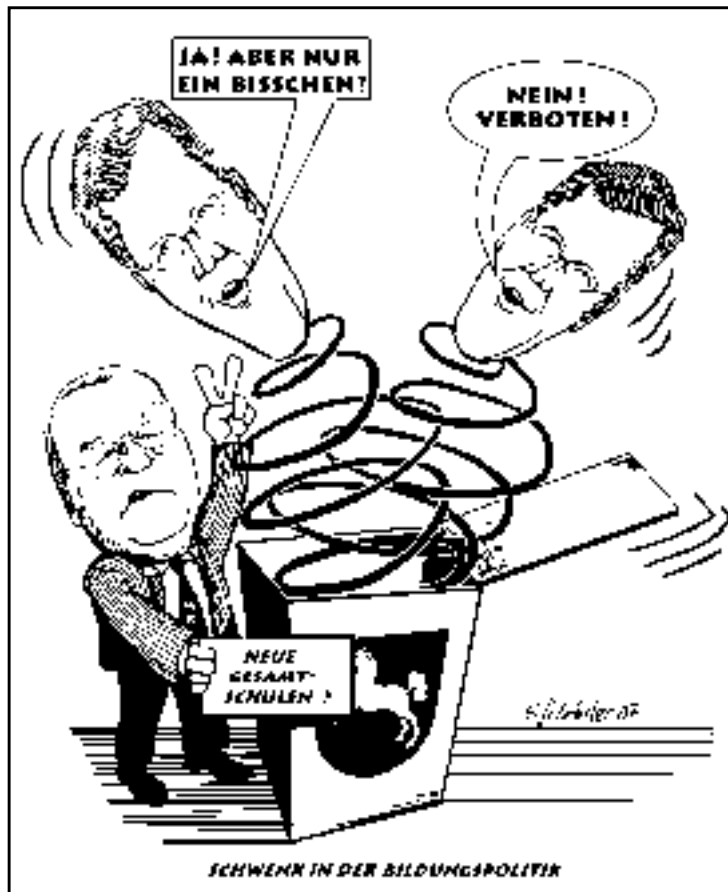
IGS-Gründungsverbot möglicherweise verfassungswidrig

Das Presseecho ist enorm. „Wulff zeigt sich offen für neue Gesamtschulen“, so der Tenor nach der Schlagzeile in der HAZ. Regierungsnahe Journalisten sehen sich bemüßigt zu beschwichtigen, es handele sich nicht um einen Kurswechsel. In Wahlzeiten müsse Wulff möglichen Streit reduzieren. Dass das Gesamtschulgründungsverbot Ärger verursacht, wird an mehreren Indizien deutlich: Die Anmeldungen bei den bestehenden Gesamtschulen erreichten Rekordniveau und 40 Prozent der Kinder konnten nicht aufgenommen werden. In vielen Städten reagierten die Eltern empört, bildeten Initiativen und dies fand mehr Eingang in die Regionalpresse als in früheren Jahren. Schulträger wie in Hannover, Wolfsburg, Braunschweig und im Landkreis Schaumburg planen oder überlegen, Anträge für neue IGSen zu stellen. Der Landeselternrat fordert die Landesregierung auf, das Schulgesetz zu novellieren, um Gesamtschulgründungen wieder vorzusehen. Der Niedersächsische Städtetag fordert im Frühsommer für die Schulträger das Recht, Gesamtschulen einzurichten. Das Gründungsverbot verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen, rät den Schulträgern am 10. September der ehemalige niedersächsische Kultusminister und langjährige Bundesverfassungsrichter

Ernst Gottfried Mahrenholz. Er prophezeit „das Verbot, Gesamtschulen zu errichten oder zu erweitern, wird dieses Schuljahr nicht überstehen“.

Stadt- und Kreiselterneräte äußern sich positiv

Auffällig ist, dass auch in Städten, in denen es bisher keine Gesamtschulen gibt, Stadt- und Kreiselterneräte die Einrichtung von Gesamtschulen begrüßen. So äußert Heinz Mül-



ler, Vorsitzender des Kreiselternerats Lüneburg: „Grundsätzlich begrüße ich, dass es jetzt die Möglichkeit für neue Gesamtschulgründungen gibt. Denn viele Eltern haben das lautstark gefordert.“ Im Pressespiegel sind viele ähnliche Aussagen zu finden. In der Öffentlichkeit entsteht zunehmend der Eindruck, das Wort des Ministerpräsidenten habe das Gründungsverbot bereits auf.

Auf der parlamentarischen Ebene werden SPD und Grüne aktiv. Sie legen Gesetzentwürfe vor und fordern die Regierungsfractionen auf, diese gemeinsam mit ihnen in den Landtag einzubringen. Gestrichen werden soll der Satz: „Neue Gesamtschulen dürfen nicht errichtet werden.“ (Niedersächsisches Schulgesetz § 12, Absatz 1 Satz 3) Die Op-

positionsparteien wollen erreichen, dass die Regierung Farbe bekennt. Darauf warten auch die Gesamtschulinitiativen. Die Regierung laviert, erst nach gewonnener Wahl wolle sie eine Gesetzesänderung ins Auge fassen. Kultusminister Busemann und der Geschäftsführer der CDU-Fraktion Althusmann wollen nur strikte Ausnahmeregelungen zulassen.

Im Oktober wird der Landtag über die Gesetzentwürfe beschließen. Erneut, denn im letzten Jahr hatten SPD und Grüne diese Anträge vergeblich eingebracht.

Die Gesamtschulanhänger bleiben aktiv. Anfang Oktober treffen sie sich auf Einladung der GEW Niedersachsen in Hannover, um die politische Entwicklung zu beraten und weitere Aktivitäten abzustimmen. Die GEW bietet allen interessierten Elterninitiativen und Schulträgern die Beratung durch erfahrene ehemalige IGS-Schulleiter an. Darunter ist auch der ehemalige GEW-Landesvorsitzende Richard Wilmers. Initiativen und GEW sind sich sicher, dass die Absicht, neue Integrierte Gesamtschulen zu gründen, in den nächsten Wochen weite Kreise im Lande ziehen wird. Sie sind sich ebenfalls sicher, dass es der Landesregierung nicht möglich sein wird, die Kommunen und die an Gesamtschulen interessierten Eltern ruhig zu stellen, wenn sie sich um eine eindeutige Entscheidung für eine Gesetzesänderung drückt. So hat z.B. der Stadtelternerat Wolfenbüttel, der die Einrichtung einer IGS fordert, angekündigt, ein Volksbegehren zu starten, wenn sich die Regierung weigern sollte, das Gründungsverbot aus dem Schulgesetz zu streichen. Auch der Vorsitzende des Landeselternrats, Matthias Kern, hat die Erwartungen der Eltern deutlich artikuliert. „Ich sehe einen großen Bedarf. Vor einiger Zeit hieß es in der Presse, dass 2.300 Gesamtschulplätze in Niedersachsen fehlen sollen. Diese Zahl halte ich für ganz deutlich zu niedrig. Das sind nur die abgelehnten Bewerber an den bisherigen Standorten. Wo keine Gesamtschulen zur Auswahl stehen, weiß man gar nicht, welche Eltern eventuell Plätze für ihre Kinder in Anspruch genommen hätten. Ich halte die Zahl für viermal so hoch.“

Gesamtschulanhänger bleiben aktiv

Wulffs Ankündigung, das Gesamtschulgründungsverbot zu lockern, hat die Bewegung für Gesamtschulen verstärkt und für ihn die Gefahr vergrößert, Eltern zu enttäuschen. Es ist sicherlich nicht einfach für Wulff, den ideologisch motivierten Gesamtschulgegnern in seiner Partei zu klar zu machen, dass der Antigesamtschulkurs politisch nicht durchzuhalten ist. Wer von seinen Parteifreunden möchte aber die Gefahr eingehen, das Wahlergebnis zu verschlechtern?



Foto: Günter Binsteiher

Treffen der Gesamtschulinitiativen in der Landeshauptstadt

Wachsendes Interesse im ganzen Land

„In allen Teilen des Landes wächst das Interesse an der Gründung neuer Gesamtschulen“, stellt Richard Wilmers, ehemaliger Leiter der IGS Schaumburg fest. Im Landkreis Schaumburg wollen zwei Gemeinden ihre Schulzentren zum Schuljahr 2008/09 in Integrierte Gesamtschulen umwandeln, um das Bildungsangebot durch den gymnasialen Bildungsgang zu verbessern und mehr Kindern den Weg zum Abitur zu öffnen. Sie wollen zugleich die Schulwege und deren Kosten günstiger gestalten. Von 521 Anmeldungen mussten in Schaumburg 409 abgelehnt werden. Ähnliche Überlegungen gibt es auch in vielen anderen Gemeinden und Landkreisen unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung der kommunalen Vertretungen. „Gerade in den ländlichen Regionen wissen Schulträger nicht, wie sie angesichts der rückläufigen Schülerzahlen insbesondere an der Hauptschule ohne die Umwandlung bestehender Schulzentren in Gesamtschulen ein wohnortnahes Schulangebot aufrecht erhalten können“, betont Klaus Kucharski, Gesamtschulvertreter im Bezirk Hannover.

Leserbrief in der HAZ vom 10.09.2007

Verfassungsrechtlich prüfen

Zu dem Bericht „In Niedersachsens Gesamtschulen fehlen 2300 Plätze“

Das Merkwürdige ist, dass der Wille von Eltern, ihre Kinder eine IGS besuchen zu lassen, von der CDU so beharrlich ignoriert wird. Es wirkt etwas mittelalterlich, die Ausbreitung dieser Schulform als gleichsam ketzerisch mit Verboten zu verhindern.

Aber das Verbot, Gesamtschulen zu errichten oder zu erweitern, wird dieses Schuljahr nicht überstehen. Das gilt im Falle eines Wahlsieges der SPD sowieso, aber auch für den Fall einer Neuauflage der jetzigen Regierung. Denn die FDP, die seinerzeit die Einführung der IGS mitgetragen hat, wird den gegenwärtigen illiberalen Kurs kaum länger

In Städten, in denen die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen das Angebot übersteigt (landesweit 40 Prozent), überlegen immer mehr Stadtverwaltungen und Stadträte, die Gründung zusätzlicher Gesamtschulen zu beantragen, um dem Interesse der Eltern nachzukommen. Die Forderung von Wulff und Busemann, die bestehenden Gesamtschulen sollten mehr Schüler aufnehmen, stößt in den Kommunen auf kopschüttelndes Unverständnis. Angesichts der rückläufigen Schülerzahlen wollen Kommunen keine neuen Schulräume bauen, sondern Leerstände in vorhandenen Gebäuden vermeiden. „Nur Neugründungen von IGSen werden von den Eltern akzeptiert“, stellt Edith Tötsches, Elternvertreterin in der hannoverschen Initiative „Für eine neue IGS in Hannover!“ klar. „Wir wollen pädagogisch sinnvolle Schulgrößen und keine Mammutschulen!“ „Auch in Braunschweig, wo 37 Prozent der Eltern einen Gesamtschulplatz für ihr Kind wünschen, muss angesichts 328 Ablehnungen eine neue IGS gegründet werden“, fordert Anne Mehring.

stützen wollen. Sie war früher schulpolitisch ziemlich weit vorn.

Am meisten aber erstaunt, dass die betroffenen Städte den Regierungskurs nicht längst verfassungsrechtlich haben überprüfen lassen. Als Schulträger verantworten sie eine kommunale Kernaufgabe im Sinne des Grundgesetzes, die angemessene Versorgung mit den Schultypen des niedersächsischen Schulrechts im örtlichen Bereich. Die Gesamtschulen gehören dazu.

Ernst Gottfried Mahrenholz
Karlsruhe

*Ernst Gottfried Mahrenholz (*18. Juni 1929) wurde 1974 Niedersächsischer Kultusminister. 1981 wurde er zum Richter am Bundesverfassungsgericht berufen und gehörte seither bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand dem Zweiten Senat dieses Gerichts an, seit 1987 als dessen Vorsitzender und Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts.*

Wachsender Zulauf zu integrierten Gesamtschulen: In diesem Jahr sind erneut neue Anmelderekorde aufgestellt worden. Überall wächst das Interesse an der Gründung neuer Gesamtschulen.

Ministerpräsident Wulff hat bei vielen Menschen – auch bei vielen Kommunalpolitikern – den Eindruck erweckt, das Gesamtschulgründungsverbot sei bereits aus dem Schulgesetz gestrichen. „Die Eltern erwarten, dass Herr Wulff jetzt Farbe bekennt und vor den Wahlen im Landtag für die Gleichberechtigung der Gesamtschulen eintritt“, erklärt Bernd Siegel, Gesamtschulvertreter im Landeselternrat. Dieses Gremium hat einstimmig beschlossen, die Regierung zur Streichung des Gründungsverbots aufzufordern. „Mit einer Wundertüte, bei der wir gespannt sein dürfen, was wirklich drin steckt, kann uns Wulff nicht kommen!“ So sei die Stimmung unter den Gesamtschulanhängern.

Die GEW bietet allen interessierten Elterninitiativen und Kommunen die Beratung durch erfahrene Gesamtschulleiter an, die Wege aufzeigen, wie in Niedersachsen Gesamtschulen aufgebaut werden können.

Kontaktadresse:

U.Riechelmann@gew-nds.de

Telefon: 0511 33 80423

GGG stellt fest: Gesamtschulen sind attraktive Schulen

Gemessen an der Zahl der IGS-Anmeldungen fehlen in Niedersachsen ca. 2300 Gesamtschulplätze an den Integrierten Gesamtschulen. Dieser Wert ist höher als in den Jahren 2006 und 2005. Da die KGS überwiegend (bis auf wenige Ausnahmen) ersetzende Schulen sind, d.h. sie nehmen alle Schüler/innen auf, die sich anmelden, fällt die Zahl der fehlenden Plätze naturgemäß geringer aus, ist aber gegenüber 2006 leicht gestiegen.

Die oft von Gesamtschulkritikern geäußerte Behauptung, der überwiegende Teil der Schülerschaft der Gesamtschulen bestehe aus Schülern mit einer Hauptschulempfehlung, ist falsch und entpuppt sich als ideologisches Wunschdenken. Mit 45 Prozent (IGS) und 44 Prozent (KGS) kommt die größte Zahl der Schüler an beiden Schulformen aus dem Kreis der realschulempfohlenen Schüler.

Der Anteil der gymnasialempfohlene Schüler liegt bei 39 Prozent (KGS) und 27 Prozent (IGS). Beide Werte sind gegenüber 2006 gestiegen. Integrierte Gesamtschulen mit einem niedrigen Anteil an gymnasialempfohlenen Schülern haben einen höheren Anteil an realschulempfohlenen Schülern. Der Anteil der hauptschulempfohlenen Schüler liegt mit 28 Prozent (IGS) und 17 Prozent (KGS) deutlich unter 30 Prozent.

Die Anmeldezahlen für die Gesamtschulen 2007 zeigen deutlich, dass die IGS und KGS für die Eltern in Niedersachsen attraktive Schulen sind. Bei fehlenden ca. 2300 Plätzen an den Integrierten Gesamtschulen muss das Gründungsverbot für neue Gesamtschulen endlich aufgehoben werden.

Gerd Hildebrandt, Vorsitzender des Gesamtschulverbandes GGG Niedersachsen